

Jugend und Partizipation – tatsächliche Beteiligung oder bürgerschaftliche Kosmetik?

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren zu einem der jugendpolitischen Schwerpunktthemen geworden. Doch was heißt Partizipation? Wer partizipiert woran und wobei? Macht Partizipation einen Unterschied in Bezug auf soziale Integration? Wo ermöglicht Partizipation Teilhabe, wo ist sie legitimatisches Feigenblatt dafür, dass die meisten Kinder und Jugendlichen von den sie betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen sind? Mit diesen Fragen setzt sich der aktuelle IRIS-Newsletter vor dem Hintergrund laufender und abgeschlossener Projekte auseinander.

Inhaltsverzeichnis

Das "Young Citizens' Project": ein europäisches Städtenetzwerk zur Beteiligung Jugendlicher	3
Neue Veröffentlichungen und Beiträge von IRIS- MitarbeiterInnen	7
Re-Launch der IRIS-Website	8
Personalie	9
Impressum	9

In folgenden Projektzusammenhängen waren IRIS oder einzelne IRIS-MitarbeiterInnen in den letzten Jahren mit der Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener befasst:

- das von IRIS koordinierte EU-Projekt **"Jugendpolitik und Partizipation" (YOYO)** untersuchte zwischen 2001 und 2004 die Potenziale von Partizipation und informellem Lernen für die Übergänge junger Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt. Der Schwerpunkt lag auf dem Zusammenhang zwischen Benachteiligung, Partizipation und Motivation ([IRIS-Newsletter 2/2004](#));
- IRIS-Mitarbeiter Axel Pohl hatte 2004-2006 die wissenschaftliche Begleitung des Netzwerkes "Young Citizens' Project" im Rahmen des EU-Programmes URBACT inne. Inhalt war der Austausch verschiedener europäischer Städte über wirksame Maßnahmen der Partizipation Jugendlicher (siehe Extra-Beitrag in dieser Ausgabe);
- das von IRIS gegenwärtig koordinierte Projekt "Jugend als Akteurin sozialen Wandels" **UP2YOUTH** (2006-2009) befasst sich in einer Arbeitsgruppe mit dem Thema bürgerschaftlicher Partizipation Jugendlicher. Zentrale Frage ist,

inwieweit existierende Partizipationsmöglichkeiten den Handlungsinteressen junger Frauen und Männer entsprechen und welche Erfahrungen sie dabei machen.

Partizipation kann sowohl Teilnahme als auch Teilhabe bedeuten, hat also aktive und passive, formale und substanzielle Bedeutung. Das unbeteiligte, willkürliche Ankreuzen eines Stimmzettels ist genauso gemeint wie das Engagement für eine Bürgerinitiative. Ein Unterscheidungsmerkmal ist auch, ob Kinder und Jugendliche in Projekten Partizipation (für später) lernen sollen oder ob ihre Beteiligung (von Beginn an) grundlegendes Prinzip von Jugendhilfe, Jugendarbeit und Jugendpolitik ist. Partizipation ist Kern des Demokratieprinzips und bezieht sich vom Anspruch her auf alle Entscheidungen, die das Leben eines Gesellschaftsmitgliedes oder sein Gemeinwesen betreffen. Die verstärkte Thematisierung von Partizipation weist darauf hin, dass Partizipation nicht (mehr) selbstverständlich stattfindet, besonders unter jungen Frauen und Männern. Angesichts der Pluralisierung von Lebensläufen und zunehmenden Risiken von Arbeitslosigkeit und Armut ist die Bindung der jungen Generation an Staat und Gesellschaft längst nicht mehr selbstverständlich. Sinkende Wahlbeteiligung, Zulauf zu nicht-demokratischen Parteien, abnehmender Mitgliederzahlen in Vereinen und Verbänden sowie Anzeichen der Entfremdung zwischen Jugendlichen und gesellschaftlichen Institutionen (z.B. Schulen) vermitteln den Eindruck, dass zunehmende Teile "der Jugend" der Gesellschaft entgleiten. Dem wollen Partizipationsprogramme entgegenwirken: kaum eine Kommune ohne Jugendgemeinderat oder Jugendforum, Kampagnen und Aktionsprogramme auf Landes- und Bundesebene ("nur wer was

macht, kann auch was verändern“); Europäische Union und Europarat sind sogar schon länger in Sachen Partizipation aktiv. So machte etwa das Weißbuch Jugend der EU-Kommission 2001 Partizipation zum zentralen Thema.

Die Frage ist allerdings zum einen, mit welchem Erfolg, und zum anderen: meinen sie es ernst? Wie interpretieren sie Partizipation?



Ein zentraler Befund des YOYO-Projektes war, dass sich die Förderung von Partizipation hauptsächlich auf ‘weiche’ Politikbereiche wie die kommunale Jugendpolitik oder die Jugendarbeit begrenzt. Dagegen überwiegen in Schule, Berufsbildung, Berufsvorbereitung oder Qualifizierungsprojekten ‘harte’ Kriterien wie Leistung, Wettbewerb, Beschäftigungsfähigkeit. Individueller Einfluss und Wahlmöglichkeiten, das heißt gleichzeitig aber auch subjektive Identifikation und Motivation, gelten als nachrangig.

Eine Kritiklinie an Partizipationsprogrammen setzt diese in Zusammenhang mit dem Trend zum aktivierenden Staat. Dieser verlangt den BürgerInnen – besonders deutlich am arbeitsmarktpolitischen Motto des Förderns und Forderns – immer mehr Selbstverantwortung ab, während er staatliche Garantieleistungen und solidarische Unterstützungsarrangements einschränkt. Unter Rückgriff auf den französischen Theoretiker Michel Foucault und sein Konzept der “Gouvernementalität” wird Partizipation als Diskurs verstanden, der Selbstverantwortung kulturell positiv normiert, um sie um so leichter einfordern zu können. Der Sozialgeograph Christian Reutlinger bezeichnet vorherrschende Partizipationsprogramme als ‘Container’, weil sie in der Regel nicht auf die sozialen Räume beziehen, an denen Jungen und Mädchen, junge Frau-

en und Männer ihr Leben gestalten und bewältigen müssen. Eine der Fragen des Projektes UP2YOUTH ist deshalb, was junge Frauen und Mädchen selbst als Partizipation bezeichnen. Müssen nicht gerade auch Geschehnisse wie in den Pariser Banlieues oder an der Berliner Rütli-Schule als Versuche der Partizipation gesehen werden? Als Versuche derer, denen Zugänge zu den als legitim angesehenen Formen von gesellschaftlicher Teilhabe verwehrt sind?

Junge Frauen und Männer sind in ihrer Identitätsarbeit genauso wie in ihren Übergängen ins Erwachsensein Ungewissheiten und Unsicherheiten ausgesetzt, die sie zu weiten Teilen individuell aushalten und bewältigen müssen. Sie müssen immer mehr Entscheidungen treffen, bei denen sie sich nicht an zuverlässigen Vorbildern – weder der Eltern noch der Gleichaltrigengeneration orientieren können. Sie müssen diese Entscheidungen auch zunehmend selbst verantworten – unabhängig davon, ob ihnen Wahlmöglichkeiten offen stehen und sie die Mittel haben, Wahlentscheidungen auch umzusetzen.

Die ungleiche Verteilung der dazu notwendigen Ressourcen spiegelt sich auch in Bezug auf Partizipation wider. In entsprechenden Programmen wie z.B. vielen Jugendgemeinderäten sind etwa HauptschülerInnen oder Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich weniger vertreten. Die Erfahrung, dass sie in Bezug auf Ausbildung und Lebensplanung eigentlich keine Wahl haben, wirkt sich offensichtlich auch auf ihre Bereitschaft aus, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen. In individualisierten Gesellschaften, die immer weniger garantieren können, welche ihrer institutionalisierten Lebenslaufbahnen auch ein lebbares und lebenswertes Leben ermöglichen, setzt Partizipation deshalb die Verbindung mit subjektiver Identitätsarbeit voraus. Partizipation muss ‘mir etwas bringen’, hier und jetzt und in Bezug auf die Lebensthemen und -kontexte, die für mich gerade von Belang sind.

Der Schwerpunkt der Partizipationsforschung liegt dagegen nach wie vor auf der politischen Partizipation, d.h. der Beteiligung an den formal vorgegebenen Entscheidungsstrukturen. Aus deren Befunden wird als Schlussfolgerung abgeleitet, dass gerade benachteiligten Jugendlichen die in formal anerkannten Formen von Partizipation geforderten Kompetenzen und Umgangsformen fehlen. Damit wiederholt sich jedoch die kompensatorische Orientierung von Hauptschule und Berufsvorbereitung: erst einmal Defizite aufholen und dann partizipieren, was auch bedeutet: akzeptieren, wer woran und wie partizipieren darf.

Das YOYO-Projekt stellte die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sogenannte benachteiligte junge Frauen und Männer Übergangshilfen aktiv nutzen. Die Befunde zeigen, dass es gerade den (wenigen) Pro-

jekten gelang, Motivationsverlust und Entfremdung abzum bremsen oder umzukehren, die den TeilnehmerInnen Partizipationsmöglichkeiten einräumten. Aus den Fallstudien dieser Projekte, die in der Regel im 'harten' Politikbereich allerdings schwer um Anerkennung kämpfen, ließen sich eine Reihe von Aspekten von Partizipation ableiten, die notwendig sind, um die Kluft zwischen gesellschaftlicher Teilhabe und individueller Identitätsarbeit und Lebensbewältigung zu überwinden:

- Wahlmöglichkeiten, d.h. freiwillige Teilnahme an, aber auch Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Maßnahmen und Projekten sowie Wahlmöglichkeiten bezüglich der Art und Weise der Teilnahme;
- Zeit und Raum auszuprobieren, von und mit Gleichaltrigen zu lernen, ob es um ein zeitlich begrenztes Kulturprojekt oder die eigene Lebensplanung geht;
- Verantwortung für eigene Projekte unabhängig von formalen Qualifikationsvoraussetzungen, gleichzeitig aber auch das Angebot von Unterstützung bei der Umsetzung und Durchführung;
- Ansetzen an Stärken statt an der Kompensation von Defiziten, das heißt auch Lebens- und Berufsansprüche als legitim anzuerkennen und zu unterstützen, die sich aufgrund von Wettbewerb und Selektion nicht so einfach umsetzen lassen;
- diese Anerkennung vermittelt sich in vertrauensbasierten Beziehungen zu PraktikerInnen; an ih-

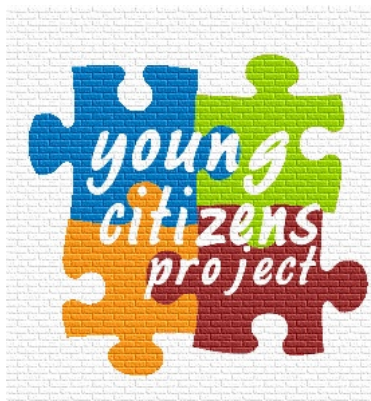
nen ist es, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren, nicht andersherum;

- sie erfordert aber auch Raum für das Austragen von Konflikten, die gerade angesichts der Diskrepanz zwischen subjektiven und institutionellen Perspektiven unvermeidlich sind.

Es ist offensichtlich, dass diese Aspekte sowohl Praxis als auch Politik, sowohl 'weiche' als auch 'harte' Bereiche betreffen. Das heißt, eine partizipatorische Praxis setzt Partizipationsrechte voraus und um Jugendlichen und jungen Erwachsenen Verhandlungsmacht zu erteilen auch Autonomie im Sinne des Zugangs zu eigenen Ressourcen. Gerade an diesem Punkt wird der Unterschied zwischen Aktivierung und Partizipation sehr deutlich: Die anfängliche Regelung von Hartz IV ermöglichte jungen Erwachsenen die Verselbständigung durch einen eigenständigen Anspruch auf Grundsicherung und Wohngeld. Dieser wurde jedoch inzwischen wieder eingedämmt. Der europäische Vergleich zeigt allerdings Unterschiede: so werden jungen Frauen und Männer in den Bildungssystemen und Arbeitsmarktprogrammen in nordeuropäischen Ländern wesentlich mehr Wahlmöglichkeiten zugestanden als etwa in Deutschland.

Im Folgenden soll nun am Beispiel des Netzwerkes "Young Citizens' Project" die Bandbreite von Partizipationsansätzen verdeutlicht werden, aber auch, dass der international vergleichende Blick zeigen kann, wie unterschiedlich Möglichkeiten und Ansprüche von Partizipation beurteilt und umgesetzt werden.

Das "Young Citizens' Project": ein europäisches Städtenetzwerk zur Beteiligung Jugendlicher



Beteiligung von Jugendlichen ist inzwischen einer der Standards der Jugendpolitik in vielen Feldern. Dennoch bleiben viele Beteiligungsprojekte in den Ansätzen stecken, weil sich nur die ohnehin schon engagierten Jugendlichen beteiligen, oder schlafen nach kurzer Zeit wieder ein. Wie dies für den Kontext der Stadtentwicklung geändert werden könnte, untersuchte ein europäisches Städtenetzwerk im Rahmen der

EU-Gemeinschaftsinitiative "URBACT", bei der IRIS in Person von Axel Pohl als thematischer Experte mit der wissenschaftlichen Begleitung beauftragt war. Ziel des Netzwerkes war die Evaluation und Weiterentwicklung bestehender Beteiligungsprozesse durch Jugendliche und Angehörige der beteiligten Stadtverwaltungen. Das Projekt lief von September 2004 bis Juli 2006 und hat seine Ergebnisse in Form eines gemeinsam erarbeiteten "Toolkits (Werkzeugkastens) zur Beteiligung Jugendlicher" vorgelegt. Das Toolkit enthält Anregungen zur Reflektion und Auswertung von allen Phasen von Partizipationsprozessen und von den Jugendlichen gemeinsam mit den Professionellen ausgewählte Beispiele bewährter Verfahren.

Das Toolkit ist unterteilt in sieben Schlüsselthemen, die typischerweise in Beteiligungsprozessen auftauchen:

- Vielfalt und Auswahl der Ansätze zur Partizipation
- Diversität und Pluralität jugendlicher Lebenslagen

- Glaubwürdigkeit von Partizipationsprozessen
- Motivation
- Nachhaltige Verankerung von Partizipationsprozessen
- Kommunikation
- Ressourcen

Entlang dieser Schlüsselthemen werden im folgenden einige Ergebnisse exemplarisch vorgestellt.

Entwicklung adäquater Beteiligungsansätze

In der Debatte um die angemessene Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen gibt es eine Reihe von Systematisierungsversuchen, die Beteiligungsansätze nach dem Grad der Partizipation von Jugendlichen unterscheiden. Am bekanntesten wurde die "Leiter der Partizipation", die Roger Hart in den 70er Jahren entwickelte. Darin werden verschiedene Stufen der Partizipation unterschieden, die von Manipulation über Konsultation von Jugendlichen bis "Power-Sharing" reichen. Die hinter diesen Ansätzen stehende Bewertung von Ansätzen legt den Maßstab an Projekte, dass je mehr Einfluss Jugendliche nehmen können, desto besser die Beteiligungsform sei. Das "Young Citizens' Project" befand die dem Modell zugrundeliegende Bewertungsskala für nützlich, weil damit der Grad der Einflussnahme der Jugendlichen differenziert beurteilt werden kann. Gleichzeitig jedoch war klar, dass auf unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnisse von Jugendlichen nicht mit "Lösungen von der Stange" reagiert werden kann, sondern Verwaltungen, die sich auf Beteiligungsprozesse einlassen, noch zusätzliche Kriterien brauchen, um zu entscheiden, welche Formen von Partizipation in welcher Situation adäquat und realistisch sind. Deshalb erarbeitete das Projekt ein Schema zur Vorplanung von Beteiligungsprozessen, bei dem folgende Fragen entscheidend sind:

- Wie sind die Ausgangspunkte der Beteiligung: Wer entscheidet bisher und wem wird Entscheidungskompetenz genommen?
- Welche Gruppen von Jugendlichen sollen sich beteiligen? Was sind deren Bedürfnisse und Interessen?
- Welche Ressourcen stehen zur Verfügung (Personal, Räume, Kompetenzen)?
- Welchen politischen Rückhalt haben Beteiligungsformen?
- Welche Kontextressourcen sind vorhanden in Form von Zugängen zu Jugendlichen?
- Welche Jugendinfrastruktur existiert, auf die Beteiligungsformen aufbauen können, z.B. in Form von professioneller und ehrenamtlicher Jugendarbeit etc.?

"Voice-Platform-Action"-Modell

Die Jugendabteilung der Stadtverwaltung Sunderlands im Nordosten Englands hat zur Planung und Bewertung von Beteiligungsprozessen ein einfaches Schema entwickelt, das die genannten Analyseschritte aufeinander bezieht: das "Voice-Platform-Action"-Modell. Ausgangspunkt des Modells ist das in der UN Konvention zu den Rechten des Kindes festgeschriebene Recht Jugendlicher, dass ihre STIMME (Voice) gehört werden muss. Dazu braucht es eine PLATTFORM (Platform), auf der diese Stimme von denen wahrgenommen wird, die die Entscheidungen treffen. Zuletzt erkennt das Modell an, dass junge Frauen und Männer oft nicht die Macht haben, dass ihre Ideen umgesetzt, d.h. zu ACTION werden. Dieses simple Modell kann in unterschiedlichen Anwendungsformen verwendet werden, um zu überprüfen, wie in Partizipationsprozessen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Rollen verteilt werden. Die Abbildung auf Seite 5 zeigt eine beispielhafte Anwendung des Modells in der Planungsphase eines Beteiligungsprojekts. Die Stadt Liverpool hat dieses Modell bereits genutzt, um mit Jugendlichen gemeinsam die Partizipationsrichtlinien der Youth Services zu überarbeiten. Andere Abteilungen der Stadtverwaltung wurden darauf aufmerksam und sind gerade dabei, die dabei erarbeiteten Prinzipien für die gesamte Bürgerbeteiligungsstrategie der Stadtverwaltung zu übernehmen.

Aktive Anerkennung von Diversität und Pluralität

Jugend als einheitliche Lebenslage gibt es schon lange nicht mehr. Viele Beteiligungsansätze und -projekte leiden jedoch unter einem enormen Mittelschicht-"Bias". D.h. sie stellen so hohe Anforderungen, indem sie ein hohes Maß an Interesse, Zeit und Verständnis voraussetzen, dass vor allem Jugendliche mit hohem Bildungsgrad sich angesprochen fühlen und Jugendliche mit weniger Ressourcen ausgeschlossen bleiben. Betroffen davon sind jedoch nicht nur Jugendliche mit niedrigerer Bildung, sondern häufig sind es auch andere Ausschlusskriterien wie Geschlecht, Mehrheit-Minderheit oder lokale und Gruppen-Identitäten, die subtil dafür sorgen, dass einige Gruppen sich weniger beteiligen. Es reicht also in der Planung von Beteiligungsprozessen nicht, "offen für alle" zu sein. Sondern es gilt Wege zu finden, wie aktiv mit unsichtbaren Barrieren umgegangen wird. Dies kann bedeuten, unterschiedliche Zugänge für unterschiedliche Gruppen zu schaffen und zum Beispiel aufsuchende Ansätze zu entwickeln für Jugendliche, die nur schwer von "Komm"-Strukturen angesprochen werden. Ein weiterer Schritt ist die laufende Überprüfung aller geschaffenen Methoden auf mögliche Barrieren.

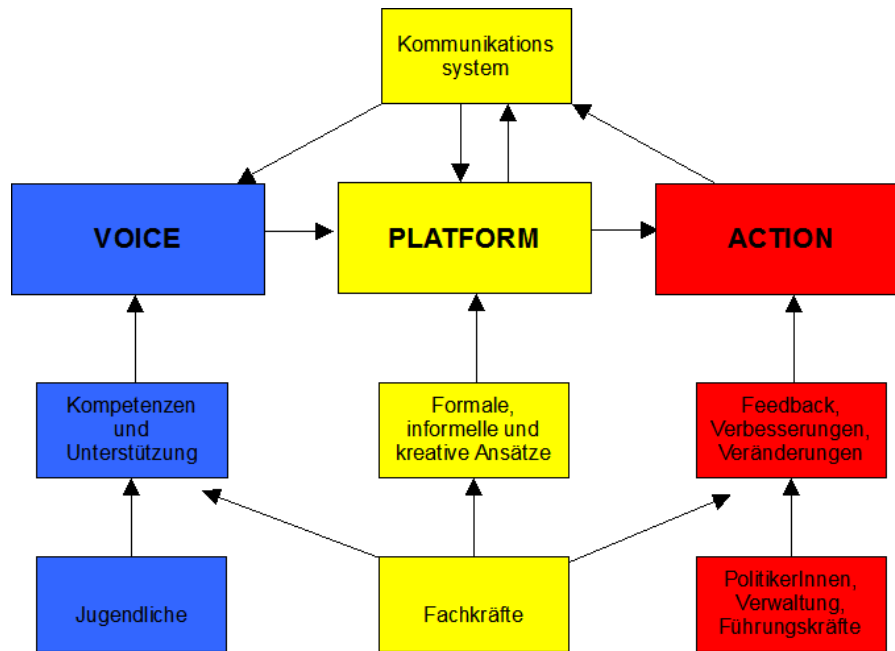


Abbildung 1: Anwendungsbeispiel für das Voice-Platform-Action-Modell

Das "Drei-Zonen"-Modell

Der District of Easington nutzt für diese Überprüfung und die laufende Fortentwicklung seiner Partizipationsansätze das aus dem Change Management bekannte "Modell der drei Zonen". Die "Panik-Zone" stellt der soziale Raum dar, in dem junge Frauen und Männer sich unwohl und ängstlich fühlen, weil sie den Rahmen ihrer Alltagserfahrungen komplett verlassen müssen. Die "Komfortzone" bietet dagegen vertraute Handlungs- und Kommunikationsmuster und führt zu Sicherheit und Wohlbefinden. Zwischen diesen beiden liegt die für pädagogisches Handeln in Partizipationsprozessen interessante "Stretch-Zone". Organisatoren von Beteiligungsprozessen brauchen eine erhöhte Sensibilität und Kenntnis von sozialen und räumlichen Markern, die die Grenzen zwischen diesen Zonen darstellen. Dies können ganz konkret bestimmte Graffiti sein, aber auch Kommunikationsformen, Kleidungsstile und Höflichkeitsnormen. Diese gilt es im Blick zu haben, um die "Stretch-Zone" möglichst weit auszudehnen und Hürden für die Teilnahme nicht einseitig bei den Jugendlichen zu suchen oder sie für soziale Grenzziehungen etwa zwischen "einheimisch" und "eingewandert" verantwortlich zu machen, die sie nicht erfunden haben.

Motivation

Mit dieser besonderen Sensibilität für die subtilen Barrieren in Beteiligungsprozessen lassen sich auch einseitige Zuschreibungen vermeiden, die das Scheitern von Partizipationsansätzen in der angeblich mangelnden "Motivation" der Jugendlichen suchen. Zentraler

Punkt bei der Reflektion, warum und wozu Jugendliche motiviert sind, sich zu beteiligen, ist jedoch die Sinnhaftigkeit von Partizipation aus Sicht der Betroffenen verstehen zu lernen und ernst zu nehmen. Natürlich lassen sich hier z.B. die großen Jugendsurveys als Beleg anführen, dass sich die Formen des Engagements von Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben.

Zentrales Element bei der Betrachtung der Motivation von Jugendlichen ist die Relevanz der zu verhandelnden Gegenstände, an denen sie beteiligt werden sollen. Üblicherweise sind diese Gegenstände jedoch überdurchschnittlich oft den "weichen" Politikbereichen Jugendarbeit, Gestaltung von Freiflächen u.ä. zuzuordnen. Seltener jedoch den "harten" Politikbereichen Bildung und Arbeitsmarkt. Während Schülermitverwaltung und Schülerparlamente eine große Verbreitung haben, sind sie doch meistens auf den Bereich der Konsultation beschränkt. Ein Beispiel für eine Einbeziehung von Jugendlichen in strukturverändernde Prozesse ist das "Young People's Inspection Team" der Jugendabteilung der Stadtverwaltung Sunderland im Nordosten Englands. Hintergrund für die Einrichtung dieses Teams ist die zentrale Stellung von staatlichen Audit- und Inspektionsverfahren im Bildungs- und Sozialbereich. In England ist die Behörde OFSTED damit beauftragt, regelmäßig jede Schule und Jugendeinrichtung zu evaluieren. Sie nimmt damit ähnliche Aufgaben wahr wie die Schulaufsicht in anderen Ländern, beauftragt jedoch unabhängige ExpertInnen mit der Inspektion der jeweiligen Einrichtungen anhand von landesweit standardisierten Qualitätskriterien. Die für die für Beteiligungsprozesse

im Jugendbereich zuständige Stelle in der Stadtverwaltung Sunderland fiel jedoch auf, dass Jugendliche an diesen Verfahren nur im Rahmen von NutzerInnen-Befragungen beteiligt waren, auf den Prozess der Evaluation jedoch so gut wie keinen Einfluss hatten. Deshalb gründeten sie eine Gruppe von Jugendlichen, die Erfahrungen als BesucherInnen und NutzerInnen offener Jugendarbeit hatten, um auszuloten, inwiefern Jugendliche an diesen für die Jugendarbeit oft recht folgenreichen Inspektionen beteiligt werden konnten. Für die 15-18jährigen Jugendlichen wurde ein Trainingskurs angeboten, bei dem die Inhalte "Was ist gute Jugendarbeit?" und "Evaluationsmethoden" im Mittelpunkt standen. Seither hat die Gruppe über 50 Einrichtungen mit der Qualitätssicherungsabteilung der Stadtverwaltung besucht. Gleichzeitig wurde die Gruppe zu 9 offiziellen OFSTED-Inspektionen eingeladen, die die Jugendlichen gemeinsam mit den offiziellen Inspektoren durchführten. Im Anschluss an jede Inspektion wurde ein gemeinsames Briefing veranstaltet, bei dem die Jugendlichen ihre Meinung in die Diskussion mit den Inspektoren einbringen konnten. Ein Resultat dieser gemeinsamen Sitzungen war die Anpassung der offiziellen Richtlinien der OFSTED-Inspektionen aufgrund der Kritik der Jugendlichen. Als nächster Schritt ist der Aufbau einer Gruppe geplant, die Schulinspektionen von OFSTED begleitet. Einen Schritt weiter bei der Einbeziehung Jugendlicher in die Gestaltung und Weiterentwicklung von Jugendinfrastruktur ging die Stadtverwaltung Liverpool mit ihrem "Youth Engagement Team". Hier wurde dem Mangel an Jugendlichen in den üblichen Partizipationsformen Jugendparlament und Stadtteilvertretungen damit begegnet, indem zunächst als Pilotprojekt 9 Stellen für Jugendliche geschaffen wurden, die zwar Erfahrung als NutzerInnen der Jugendarbeit hatten, jedoch schon frühzeitig aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem ausgestiegen waren. Die 16-19jährigen wurden in einem zweimonatigen Kurs zu "Youth Engagement Workers" ausgebildet. Ausgestattet mit einer voll bezahlten Stelle (11000 £ p.a.) organisieren diese Jugendlichen zwei Jahre lang Partizipationsprojekte in ihren Stadtteilen. Ihre Aufgaben umfassen dabei unterschiedliche Bereiche wie die Recherche zu Hintergründen von Konflikten zwischen AnwohnerInnen und jugendlichen Cliquen, die Organisation von Workshops in Kooperation mit der Polizei oder anderen Jugendevents, sowie die Betreuung von Jugendlichen, die sich in Nachbarschaftvertretungen engagieren. Mit dem Einsatz der "Youth Engagement Workers" gelang der Zugang zu Gruppen, die mit herkömmlichen Beteiligungsverfahren nur schwer zu erreichen waren. Gleichzeitig wird die Berufserfahrung der Jugendlichen als Teil der Zugangsvoraussetzungen für den Studiengang "Youth and Community Work" an der Li-

verpool University anerkannt. Nach der erfolgreichen Pilotphase wurde die Finanzierung der Stellen von der Stadtverwaltung Liverpool auf Dauer übernommen.

Glaubwürdigkeit

Das Liverpools Beispiel zeigt, dass angesichts veränderter Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener neue Wege eingeschlagen werden müssen, wenn die Überlagerung der Lebensphase Jugend durch den Druck der Positionierung auf dem Arbeitsmarkt als Hindernis für die klassischen biographischen Wege zu jugendlichem Engagement ernst genommen werden soll. Ein anderer Aspekt der Veränderung jugendlichen Engagements ist die größere Bereitschaft zu Verantwortungsübernahme von Jugendlichen heute, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Debatte um die Absenkung des Wahlalters häufig als Argument vorgebracht wird: Jugendliche sind sehr wohl bereit, sich einzubringen, wenn sie nur einsehen können, was ihr Engagement "bringt". Ihr hohes kritisches Potenzial macht sie misstrauisch gegenüber Ansätzen, die Jugendliche lediglich als Feigenblatt zur Legitimation benutzen. Sie erkennen sehr wohl Ansätze des "Kid-napping", wie ein Mitarbeiter der am Netzwerk beteiligten Städte ironisch nannte, bei denen Jugendlichen recht schnell klar wird, welcher Einfluss ihnen tatsächlich eingeräumt wird.

Einen gänzlich anderen Weg beschritt die Stadtverwaltung Bristol bei der Planung und Durchführung ihres Beitrags zum EU-Stadtentwicklungsprogramm URBAN2. Nachdem Jahrzehnte (und viele Millionen) städtebaulicher Förderung wenig an der schwierigen Lage einiger Stadtteile geändert hatten, beschloss der Stadtrat, dass die Fördersumme der URBAN2-Förderperiode 2000-2007 gänzlich Jugendlichen zugute kommen sollte. So kam es, dass unter dem Motto "Our Work. Our Place. Our Future" ausschließlich Projekte zur Förderung zugelassen wurden, die ihren Bezug zum Thema Jugend nachweisen konnten. Doch damit nicht genug. Entgegen allen rechtlichen Bedenken und Einwänden der zuständigen EU-Behörden setzte die Stadtverwaltung durch, dass das Steuerungsgremium, das über die Vergabe der Mittel entschied, zu 50% aus Personen unter 18 Jahren bestand. Die stimmberechtigte Vorsitzende der "URBAN Partnership Group" (UPG) war zu Beginn ihrer Amtszeit 16 Jahre alt. Innerhalb des Gremiums wurden spezielle Verfahren entwickelt, um mit der Machtdifferenz zwischen Jugendlichen und ExpertInnen umzugehen, wie zum Beispiel die "Rote Karte", die Jugendliche den Erwachsenen zeigen können, wenn zuviel Fachausdrücke verwendet werden. Die UPG hat inzwischen mehrere Hundert Anträge von Bildungsträgern, Stadtteil- und Jugendinitiativen begutachtet und Mittel in der Höhe von 13,5 Mio. Euro vergeben.

Fazit



Jugendliche und Betreuer aus Easington bei der Übergabe des Toolkits an den Premierminister Tony Blair

Dass die meisten der hier ausgewählten Praxisbeispiele aus dem britischen Kontext stammen, ist kein Zufall. Zum einen war das Vereinigte Königreich mit Liverpool, Bristol, Sunderland und Belfast im Netzwerk überproportional stark vertreten. Zum anderen hat sich die britische Regierung die "devolution of power", also die dezentrale Umverteilung der Macht, auf ihre neo-liberale Regierungsprogrammatische geschrieben, in der aktivierende Ansätze, sei es als Stärkung der Bürgerbeteiligung im Gemeinwesen, sei es als "aktivierender Sozialstaat", eine zentrale Rolle spielen. Gerade die Beispiele aus diesem gesellschaftlichen Kontext zeigen aber auch, wie diese politische Vorgabe vor Ort als gesellschaftlicher "Rückenwind" genutzt werden kann, die engen Grenzen üblicher Beteiligungsprojekte zu überschreiten und Partizipation nicht nur als Feigenblatt und zur Abfederung des Abbaus öffentlicher Infrastruktur zu benutzen.

Neue Veröffentlichungen und Beiträge von IRIS-MitarbeiterInnen

Veröffentlichungen

Pohl, Axel/Walther, Andreas (2007): Activating the disadvantaged. Variations in addressing youth transitions across Europe. In: International Journal of Lifelong Education, Special Issue on school-to-work transitions, September 2007, im Ersch.

Stauber, Barbara (2007): Germany's next Topmodel - von Heulen und Zähneklappern und dem medialen Umgang mit Selbstinszenierungen junger Frauen. In: Betrifft Mädchen, 20. Jg., Heft 2 (i.E.).

Stauber, Barbara (2007): Forschungszugänge zu jugendkulturellen Selbstinszenierungen - method(olog)ische Herausforderungen durch vielfältige Diskursanklänge. In: Göttlich, Udo/Rhein, Stefanie/Müller, Renate (Hg.): Arbeit, Politik und Religion in Jugendkulturen. Engagement und Vergnügen, Weinheim: Juventa, S 239-252.

Stauber, Barbara (2007): Selbstinszenierungen junger Frauen und Männer in riskanter gewordenen Übergängen - zur

"Young Citizens' Project"

Das Netzwerk "Young Citizens' Project" bestand aus folgenden Stadtverwaltungen:

Belfast (UK), Birkirkara (Malta), Bristol (UK), Evosmos/Thessaloniki (Griechenland), Sunderland/Easington (UK, Liverpool (UK), Mazekiai (Litauen), Misterbianco/Catania (Italien), Sabadell/Barcelona (Spanien)

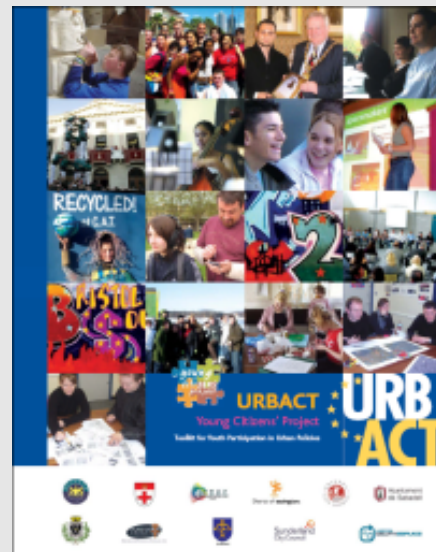
Koordination: Bristol City Council

Finanzierung: EU-Gemeinschaftsinitiative URBACT

Methoden: Evaluation von Partizipationsansätzen durch junge Leute über einjährige Fokusgruppen und Erprobungslaboratorien

Website des Projekts: <http://urbact.eu/projects/young-citizens-project/>

Das "Toolkit for Youth Participation in Urban Policies" kann von dieser Website in englischer, griechischer, italienischer und spanischer Sprache heruntergeladen werden.



Bildungsrelevanz einer jugendkulturellen Handlungsform, in: Kahlert, Heike/Mansel, Jürgen (Hg.): Bildung und Berufsorientierung, Weinheim: Juventa (i.E.).

Thole, Werner/Ahmed, Sarina/Höblich, Davina (2007): Reflexionen zur Rede von der "zweiten Moderne". Sozialpädagogisch intonierte Überlegungen zur Entstrukturierung und Individualisierung der gesellschaftlichen Sozialstruktur. In: Krauß, Jürgen/Möller, Michael/Münchmeier, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung. Kassel: Kassel University Press, S. 159-207.

Thole, Werner/Ahmed, Sarina/Höblich, Davina (2007): Soziale Arbeit in der gespaltenen Konkurrenzgesellschaft. Reflexionen zur empirischen Tragfähigkeit der "Rede von der zweiten Moderne" und der Entstrukturierung der gesellschaftlichen Sozialstruktur. In: Neue Praxis, 37. Jg., H. 2 (i.E.).

Neuerscheinung: Subjektorientierte Übergangsforschung
Hrsgg. von Barbara Stauber, Axel Pohl und Andreas Walther; erscheint im Mai beim **Juventa-Verlag**, ISBN 978-3-7799-1927-8, Preis: 23,- €



Die Rede von der Entstandardisierung und Individualisierung der Übergänge in die Arbeit ist längst ein Gemeinplatz. Welche Konsequenzen sind aber aus der Tatsache zu ziehen, dass junge Frauen und Männer ihre Berufs- und Lebensentscheidungen zunehmend alleine treffen und Strategien zur Bewältigung von Anforderungen zunehmend individualisiert entwickeln (müssen)? Der Band bietet einen theoretischen Zugang zu entstandardisierten Übergängen, der soziologische, sozialpolitische und sozialpädagogische Perspektiven integriert. Die Berechtigung dieser Perspektive zeigt sich an empirischen Befunden aus europäischen Vergleichsstudien, die einen international vergleichenden Blick erlauben auf das deutsche Übergangssystem und die biografischen Spielräume, die es eröffnet oder verschließt. Dabei werden alternative Formen der Gestaltung von biografischen Übergängen sichtbar. Deren Kenntnis ist für eine kritische Sozialforschung notwendig, die sich mit den Übergängen (nicht nur) junger Erwachsener beschäftigt, aber auch für Praktikerinnen und Praktiker, die Interesse an der Reflexion der Rahmenbedingungen und Normalitätsannahmen ihrer Arbeit haben.

Mit Beiträgen von Holger Kehler, Simone Menz, Axel Pohl, Barbara Stauber, Sibylle Walter und Andreas Walther.

Fortbildungs- und Lehrveranstaltungen

Sarina Ahmed: Soziale Arbeit und ihre AdressatInnen. Seminar an der Universität Kassel, Sommersemester 2007.

Sarina Ahmed: Außerschulische Jugendbildung und niederschwellige Unterstützungsangebote für Jugendliche. Seminar an der Universität Gießen, Sommersemester 2007.

Andreas Walther: What competencies do young people need in transitions to work? Biographical and comparative

perspectives, Kursveranstaltungen, März 2007, Universität Lissabon

Andreas Walther: Übergänge von der Schule in die Arbeit in internationaler Perspektive. Seminar an der Universität Tübingen, Sommersemester 2007.

Vorträge

International

Andreas Walther: "It was not my choice, you know?" Vortrag auf der internationalen Konferenz der Jacobs Foundation "Transitions from School to Work", 12.-14. April. Schloss Marbach.

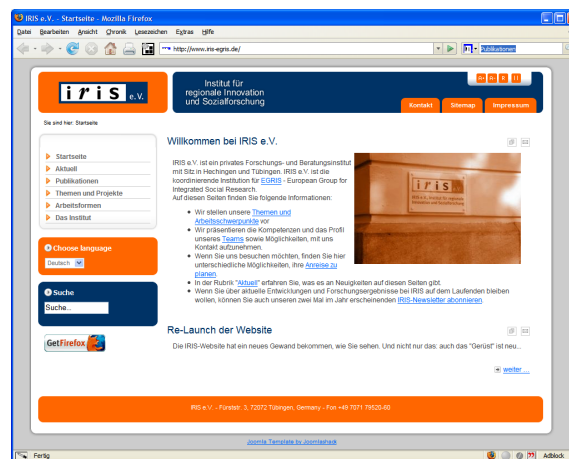
National

Axel Pohl: Studie über politische Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche, FORTEIL-Workshop: "PROGRESS: Programm für Austausch und Beteiligung" am 27. Februar 2007 im Katholischen Tagungszentrum Berlin.

Axel Pohl: Ein Blick über den Tellerrand: Kommunale Systeme beruflicher Orientierung am Beispiel England, Slowenien und Dänemark. Vortrag bei der Fachtagung "Gemeinsam Perspektiven schaffen!" von ISA Münster und BAG Jugendsozialarbeit am 06. Juni 2007 in Bonn.

Sibylle Walter: Junge Benachteiligte in Europa – über die Widersprüchlichkeit einer Vergleichskategorie, Internationale Fachtagung "Kulturelle Vielfalt als Wettbewerbsvorteil" 23. März 2007 in Stuttgart.

Re-Launch der IRIS-Website



Die Institutswebsite www.iris-egris.de wurde komplett überarbeitet und auf die Verwaltung mit einem sogenannten "Content Management System" umgestellt. Dadurch können Inhalte leichter gepflegt werden und wir hoffen, dass wir Sie dadurch noch aktueller über unsere Arbeit informieren können. Ein Highlight der neuen Site ist – neben der durchgängigen Zweisprachigkeit deutsch-englisch – die Möglichkeit für unsere BesucherInnen, einen **RSS-Feed** mit den neuesten Meldungen von IRIS zu abonnieren. Dieser Dienst holt sich, den **entsprechenden Browser** oder Newsreader vorausgesetzt, regelmäßig automatisch die neuesten Meldungen von der IRIS-Website, ohne dass die NutzerInnen extra auf der

Website nachschauen müssen, ob neue Meldungen vorhanden sind. Probieren Sie es [einfach einmal aus](#)! BesucherInnen des Tübinger IRIS-Büros kommen darüberhinaus in den Genuss einer [interaktiven Wegbeschreibung](#), mit der sich die Anreise zu uns leichter planen lässt.

Personalie

IRIS-Mitarbeiterin Barbara Stauber hat zum Sommersemester 2007 einen Ruf auf eine Professur für Erziehungswissenschaft im Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Tübingen angenommen. Wir KollegInnen gratulieren ihr ganz herzlich, wünschen ihr einen guten Start und freuen uns auf weitere Zusammenarbeit in neuen Settings.

Impressum



Institut für regionale Innovation
und Sozialforschung, IRIS e.V.

Fürststraße 3, 72072 Tübingen
Tel. +49 7071 79520-60, Fax 79520-77

Internet: www.iris-egris.de, E-Mail: iris.tue@iris-egris.de

Autoren dieser Ausgabe:
Andreas Walther und Axel Pohl

Textsatz: Axel Pohl
Gesetzt mit dem Open-Source-Satzsystem L^AT_EX